

Gastrosuisse trickst bei den Verhandlungen zum neuen GAV:

Wirte wollen kantonale Mindestlöhne aushebeln

Mehr und mehr Kantone haben neu einen gesetzlichen Mindestlohn. Den Chefs ist das ein Dorn im Auge. Der Verband der Wirte verweigert jetzt deswegen sogar die GAV-Verhandlungen.

Es war ein Durchbruch für Löhne, von denen es sich knapp leben lässt: 2017 gab das Bundesgericht grünes Licht für einen gesetzlichen Mindestlohn von 20 Franken pro Stunde im Kanton Neuenburg. Kurz darauf setzte auch der Kanton Jura dieselbe Marke im Gesetz fest.

Und es geht weiter: In Basel und Genf sind Volksinitiativen der Gewerkschaften hängig, die im Minimum 23 Franken pro Stunde für alle fordern. Und im Tessin haben die Stimmenden bereits Ja gesagt zu einem Mindestlohn - gestritten wird noch um seine Höhe.

Zwar würden die Gewerkschaften gerne gute Arbeitsbedingungen in Gesamtarbeitsverträgen festlegen. Aber in einigen Bereichen, zum Beispiel im Detailhandel, sträuben sich die Arbeitgeber gegen GAV. Also beschritten die Gewerkschaften den politischen Weg. Im Gastrogewerbe mit seinem allgemeinverbindlichen GAV bezeichnet dies der Wirtverband Gastrosuisse gegenüber Work als „nicht faire Doppelstrategie“.

Angriff

Den Chefs und rechten Politikern sind die kantonalen Mindestlöhne ein Dorn im Auge. Deshalb blasen sie jetzt zum Angriff. Mit einer Motion will zum Beispiel der Urner CVP-Ständerat Isidor Baumann die kantonalen Mindestlöhne aushebeln - ausgerechnet mit den Gesamtarbeitsverträgen. Diese sollen nämlich, sofern sie allgemeinverbindlich sind, „sämtlichen Bestimmungen der Kantone vorgehen“, so Baumanns Forderung. Neu soll also gelten: GAV-Regelung vor Gesetzesregelung. Ein ziemlich durchsichtiger Trick, denn spätestens, wenn Basel und Genf einem gesetzlichen Mindestlohn von 23 Franken zustimmen sollten, würde diese Umkehr des heute Geltenden die Chefs deutlich billiger kommen. Die Wirte und ihre Politiker machen also auf „Wehret den Anfängen“.

Und jetzt setzt der Wirtverband Gastrosuisse noch einen drauf: Er verweigert seit vier Monaten die Verhandlungen für den neuen Gastro-GAV mit den Gewerkschaften. Diese sind nötig, weil Ende nächsten Jahres seine Allgemeinverbindlichkeit ausläuft. Stattdessen hat Gastrosuisse nun eine Resolution zur Sozialpartnerschaft verabschiedet.

Sicher nicht

Was harmlos klingt hat Sprengkraft. Denn auch die Wirte wollen die Mindestlöhne aushebeln. Mit demselben Trick wie CVP-Baumann. Mehr noch: Stinkfroh verlangen sie von den Gewerkschaften sogar politische Unterstützung für dieses Manöver. Bis nicht „ein klares Bekenntnis“ der Gewerkschaften zur Motion Baumann vorliege, werde man die GAV-Verhandlungen „aussetzen“, so die patronale Resolution forsch. Da haben die Wirte die Rechnung aber ohne die Gewerkschaften gemacht. Mauro Moretto, bei der Unia fürs Gastgewerbe zuständig, kann da nur den Kopf schütteln: „So etwas kommt nicht in Frage. Die Gewerkschaften kämpfen auf allen Ebenen für höhere Löhne - sicher nicht für tiefere“. Jetzt sammelt die Unia Unterschriften für eine Petition an die Adresse der Arbeitgeber. Die Forderung ist simpel:

Hört auf mit der Blockade und kommt zurück an den Verhandlungstisch! Gastrosuisse schreibt dazu, man strebe „die Fortführung des bestehenden oder den Abschluss eines neuen GAV an“. Wann, schreibt der Verband allerdings nicht. Petition unterschreiben: rebrand.ly/gastrlton

Blockade auch bei den Löhnen 2020

Neben dem neuen GAV (ab 2021) verhandelten die Sozialpartner in der Gastrobranche auch über die Löhne für nächstes Jahr. Unia-Mann Mauro Moretto: „Die Arbeitgeber haben unsere Mindestforderungen abgelehnt, trotz sehr guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.“ Da keine Einigung zustande kam, entscheidet jetzt ein Schiedsgericht über die Löhne - genau wie vor zwei Jahren.

Christian Egg.

Work, 27.9.2019.

Personen > Egg Christian. Gastrosuisse. GAV. Work, 2019-09-27